

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 19 | 12.05.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 139/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der unbefristete Bewilligungen zur Errichtung und zum Betrieb von **Funkanlagen** außer Kraft gesetzt werden

[BGBl II 140/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen über den Ersatz der Investitionskosten der Anbieter für die Bereitstellung der Einrichtungen, die zur Überwachung von Nachrichten, Auskunft über Daten einer Nachrichtenübermittlung oder zur Registrierung von Teilnehmern erforderlich sind (**Investitionskostenersatzverordnung** – IKEVO 2023)

[BGBl II 141/2023](#)

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen betreffend jene Staaten, die Einwände gegen den **Amateurfunkverkehr** mit Österreich erhoben haben

[BGBl II 142/2023](#)

Kundmachung des Bundesministers für Inneres gem § 7 Abs 5 des **Registerzählungsgesetzes** über die Feststellung des Ergebnisses der Volkszählung 2021 durch die Bundesanstalt Statistik Österreich

[BGBl II 143/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende **Wiedereinführung von Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen zur Republik Slowenien und Ungarn

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 125 v 11.05.2023, 1](#)

Beschluss (EU) 2023/936 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. Mai 2023 über ein **Europäisches Jahr der Kompetenzen**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

27.04.2023, [V 79/2922](#)

Ktn BauO; Ktn RaumordnungsG; Gesetzwidrigkeit des Bebauungsplans einer Ktn Stadtgemeinde mangels Regelung der – durch die konkrete Baumasse- oder Geschoßflächenzahl ausgedrückten – **baulichen Ausnutzung der Grundstücke**; keine Feststellung der Rechtslage aus der planlichen Darstellung auf Grund der Unbestimmtheit des Verweises auf den „Mittelwert der bereits bestehenden baulichen Ausnutzung der im Einflussbereich liegenden Grundstücke“

27.04.2023, [E 93/2023 ua](#)

B-VG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Aberkennung des Status der **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend Staatsangehörige der Russischen Föderation; gehäufte Verkennung der Rechtslage und Unterlassen jeglicher Ermittlungstätigkeit; unterlassene Auseinandersetzung mit dem konkreten Krankheitsbild des Bf und Auswirkungen der Abschiebung auf den Gesundheitszustand

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

26.01.2023, [Ro 2020/01/0002](#)

Vollzugsanweisung; bzgl § 5 Abs 2 Vollzugsanweisung kommt der VwGH zum Auslegungsergebnis, dass der Normengeber mit der Verwendung des Begriffs „öffentlich“ bzw „Öffentlichkeit“ im Zusammenhang mit einer (mündlichen oder schriftlichen) Äußerung (Erklärung, Mitteilung, Darstellung) auf einen „nicht von vornherein beschränkten Personenkreis“ abstellt, dem die Möglichkeit geboten wird, von dieser (mündlichen oder schriftlichen) Äußerung (Erklärung, Mitteilung, Darstellung) Kenntnis zu nehmen

21.02.2023, [Ra 2019/04/0114](#)

WirtschaftstreuhänderberufG; nach dem WirtschaftstreuhänderberufG müssen **Wirtschaftstreuhänder** eine besondere Vertrauenswürdigkeit aufweisen; diese liegt gem § 9 Z 1 leg cit etwa dann nicht vor, wenn der Steuerberater wegen näher beschriebenen **Vermögens- und Finanzdelikten** von einem Gericht bestraft worden ist; unter einem „**Gericht**“ iSd § 9 Z 1 leg cit sind aber nicht nur inländische Gerichte zu verstehen; für eine Einbeziehung auch ausländischer Verurteilungen spricht – neben dem offenen Wortlaut der Bestimmung – hingegen, dass die Ausübung eines Wirtschaftstreuhänderberufs (wie im Übrigen jede Art von Treuhandschaft) besonderes Vertrauen der Klienten bzw Treugeber in eine korrekte, gesetzeskonforme Ausübung des Berufs bzw der Treuhandschaft voraussetzt

30.03.2023, [Ra 2021/21/0028](#)

BVA-VerfahrensG; angesichts der dem Revisionswerber zur Last gelegten Straftaten und der daraus vom BVwG vertretbar abgeleiteten **besonderen Gefährlichkeit** des Revisionswerbers kann es zwar nicht zweifelhaft sein, dass gegen ihn die Erlassung eines **Einreiseverbots** grundsätzlich zulässig ist; aus den privaten und familiären Interessen des Revisionswerbers müssen jedoch ersichtliche Schlussfolgerungen in Bezug auf die Dauer des über ihn verhängten Einreiseverbots gezogen werden

30.03.2023, [Ra 2021/21/0234](#)

FremdenpolizeiG; Niederlassungs- und AufenthaltsG; ein **Drittstaatsangehöriger**, der mit einem sein Freizügigkeitsrecht in Österreich ausübenden EWR-Bürger eine Ehe eingegangen war, ist auch dann, wenn diese Ehe als **Aufenthaltsehe** zu qualifizieren ist, als „begünstigter Drittstaatsangehöriger“ iSd § 2 Abs 4 Z 11 FremdenpolizeiG zu behandeln und demzufolge gegen ihn eine Ausweisung (und keine Rückkehrenscheidung) bzw ein Aufenthaltsverbot (und kein Einreiseverbot) zu erlassen; zwar jedenfalls solange keine rechtskräftige Feststellung iSd § 54 Abs 7 Niederlassungs- und AufenthaltsG vorliegt

12.04.2023, [Ra 2020/05/0068](#)

AWG; VStG; nach § 37 Abs 1 AWG ist nicht jede **Änderung einer Behandlungsanlage** genehmigungspflichtig, sondern es bedürfen lediglich „wesentliche Änderungen“ iSd § 2 Abs 8 Z 3 leg cit einer Genehmigung der Behörde; ein Schuldspruch nach § 79 Abs 1 Z 9 leg cit muss daher, um das Erfordernis des § 44a Z 1 VStG zu erfüllen, auch jene **Tatumstände** enthalten, die eine Beurteilung dahingehend zulassen, ob die vorgenommene Änderung der Behandlungsanlage „wesentlich“ ist; es muss daher im Rahmen der als erwiesen angenommenen Tat dargelegt werden, ob die Änderung einem der explizit in § 2 Abs 8 Z 3 AWG genannten Fälle unterfällt oder ob die Änderung erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Menschen oder auf die Umwelt haben kann

13.04.2023, [Ra 2022/05/0193](#)

NÖ BauO; eine **Baubewilligung** wird für ein durch seine Größe und Lage bestimmtes Vorhaben erteilt, sodass ein Abweichen hiervon eine neuerliche Bewilligung erfordert; ob ein **aliud** vorliegt, ist immer an Hand eines bestimmten Projekts im Vergleich zu etwas anderem zu prüfen; bei der Qualifikation, ob ein anderes (neues) Bauvorhaben vorliegt, kommt es ausschließlich auf die Unterschiede bzw Identität zwischen dem ursprünglich bewilligten und dem beantragten (hier: errichteten) Projekt an

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 19.04.2023, [W287 2243166-1](#)

DSGVO; GewO; bei **historischen Zahlungserfahrungsdaten** handelt es sich um jene Zahlungserfahrungsdaten, die grundsätzlich von größter Tragweite im Spektrum von möglichen Zahlungserfahrungsdaten sind; einzelfallbezogen lag zwar ein Insolvenzverfahren von kurzer Dauer vor und offenbar konnte der Zahlungsplan erfüllt werden; ganz generell wird man für den Fall der **Einleitung von Insolvenzverfahren** jedoch eine längere Speicherfrist als gerechtfertigt ansehen können, zumal in einem derartigen Fall evident ein gravierender Fall einer Zahlungsunfähigkeit vorgelegen ist; es kann daher auch kein Verstoß gegen den **Grundsatz der Datenminimierung** erblickt werden, zumal die Mindestspeicherdauer von 5 Jahren erst im vergangenen Jahr (vor ca 9 Monaten) abgelaufen ist

LVwG Oö 05.04.2023, [LVwG-200106](#)

SchulpflichtG; nach dem SchulpflichtG sind die Eltern bzw sonstigen Erziehungsberechtigten Verantwortungsträger dafür, dass der Schulpflicht ihres Kinds nachgekommen wird; sind mehrere physische Personen (Mutter und Vater bzw sonstige Erziehungsberechtigte) in der Vertretungsverantwortung gegenüber einer dritten Person (ihrem Schulkind), so ist jeder Elternteil bzw jede sonstige erziehungsberechtigte Person für sich **individuell** verwaltungsstrafrechtlich dann **verantwortlich**, soweit diese Person **Verschulden** trifft

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

11.05.2023, [Rs C-620/21, MOMTRADE RUSE](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst g – **Befreiung** von eng mit der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit verbundenen Dienstleistungen, die von Einrichtungen erbracht werden, die von dem betreffenden Mitgliedstaat als **Einrichtungen mit sozialem Charakter** anerkannt sind – Dienstleistungen an einen Nichtsteuerpflichtigen in einem anderen Mitgliedstaat als dem der Niederlassung des Dienstleistungserbringers – Beurteilung der Art der Leistungen und der Voraussetzung, dass es sich um eine als Einrichtung mit sozialem Charakter anerkannte Einrichtung handelt – Bestimmung des maßgebenden nationalen Rechts – Begriff ‚betreffender Mitgliedstaat

[11.05.2023, Rs C-817/21, *Inspectia Judiciară*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechtsstaatlichkeit** – Unabhängigkeit der Justiz – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Entscheidung 2006/928/EG – **Richterliche Unabhängigkeit** – Disziplinarverfahren – **Justizinspektion** – Chefinspekteur, der über Regelungs-, Auswahl-, Bewertungs-, Ernennungs- und disziplinarische Untersuchungsbefugnisse verfügt

[11.05.2023, Rs C-101/22 P, *Kommission/ Sopra Steria Benelux und Unisys Belgium*](#)

Rechtsmittel – **Verfahrensordnung des Gerichtshofs** – Art 169 – Rechtsmittel, das gegen die Entscheidungsformel der Entscheidung des Gerichts gerichtet ist – Öffentliche Dienstleistungsaufträge – **Ausschreibungsverfahren** – Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 – Art 170 Abs 3 – Anhang I Nr 23 – Abgelehnter Bieter, der der Europäischen Kommission Hinweise darauf übermittelt, dass das ausgewählte Angebot ungewöhnlich niedrig ist – **Umfang der Begründungspflicht** des öffentlichen Auftraggebers

[11.05.2023, Rs C-155/22, *Bezirkshauptmannschaft Lilienfeld*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Kraftverkehr** – Gemeinsame Regeln für die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers – Verordnung (EG) Nr 1071/2009 – Art 6 und 22 – Nationale Regelung, die die **Übertragung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit** für schwerwiegende Verstöße im Bereich der **Lenk- und Ruhezeiten** ermöglicht – Fehlende Berücksichtigung der für diese Verstöße verhängten Sanktionen im Rahmen der Beurteilung der Zuverlässigkeit eines Kraftverkehrsunternehmens

[11.05.2023, verb Rs C-156/22 bis C-158/22, *TAP Portugal \(Décès du copilote\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – **Ausgleichsleistung** für **Fluggäste bei Annullierung** eines Fluges – Art 5 Abs 3 – **Befreiung** von der Ausgleichspflicht – Begriff ‚außergewöhnliche Umstände‘ – **Unerwartete Abwesenheit** eines für die Durchführung des Fluges **unverzichtbaren Besatzungsmitglieds** aufgrund von Krankheit oder Tod

[11.05.2023, verb Rs C-407/22 u C-408/22, *Manitou BF*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuer – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Körperschaftsteuer – **Konzernbesteuerung** [französische ‚intégration fiscale‘] – **Befreiung** der von den **Tochtergesellschaften** eines **steuerlichen Konzerns** gezahlten Dividenden von der Steuer – Gebietsansässige Muttergesellschaft – Kapitalverflechtungen mit gebietsansässigen und gebietsfremden Gesellschaften ohne Bildung eines steuerlichen Konzerns – Befreiung der von gebietsfremden Tochtergesellschaften gezahlten Dividenden von der Steuer – Nicht abzehbare Ausgaben und Aufwendungen, die mit der Beteiligung zusammenhängen – Keine Neutralisierung der Hinzurechnung dieser Ausgaben und Aufwendungen

B. SCHLUSSANTRÄGE

[11.05.2023, Rs C-33/22, *Österreichische Datenschutzbehörde \(GA Szpunar\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz personenbezogener Daten** – Art 16 Abs 2 AEUV – Tätigkeiten, die in den Anwendungsbereich des Unionsrechts fallen – Datenschutz-Grundverordnung – Die **nationale Sicherheit** betreffende Tätigkeiten – **Untersuchungsausschuss des Parlaments** eines Mitgliedstaats – Kontrolle der Tätigkeit einer Polizeibehörde – **Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörde** für den Schutz personenbezogener Daten – Art 55 Abs 1 – Art 77 Abs 1 – Unmittelbare Wirkung

[11.05.2023, Rs C-66/22, *Infraestruturas de Portugal und Futrifer Indústrias Ferroviárias \(GA Sánchez-Bordona\)*](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2014/24/EU – **Öffentliche Auftragsvergabe** – Fakultative Ausschlussgründe – Art 57 Abs 4 Buchst d – **Ausschluss eines Wirtschaftsteilnehmers** von der Teilnahme an einem **Vergabeverfahren** – Sanktion für wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen – Automatischer Ausschluss aufgrund einer früheren Entscheidung einer Wettbewerbsbehörde – Befugnisse des öffentlichen Auftraggebers zur Beurteilung des Vorliegens des Ausschlussgrundes – Art 57 Abs 6 – Eignung und Zuverlässigkeit des Bieters – Begründung – Im Vergabeverfahren selbst festgestellte wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen

[11.05.2023, Rs C-201/22, Telia Finland \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Rechte des geistigen Eigentums** – Richtlinie 2014/26/EU – Kollektive Wahrnehmung von Urheber- und verwandten **Schutzrechten** – Organisation für die **kollektive Rechtewahrnehmung** – Richtlinie 2004/48/EG – Maßnahmen, Verfahren und **Rechtsbehelfe**, die für die Sicherstellung der Wahrung der Rechte des geistigen Eigentums erforderlich sind – Art 4 – Zur Beantragung der Anwendung der in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen, Verfahren und Rechtsbehelfe befugte Personen – Zur Erteilung von kollektiven Lizenzen mit erweiterter Wirkung befugte Organisationen für die kollektive Rechtewahrnehmung – Rechtsinhaber, die die Organisation nicht zu ihrer Vertretung ermächtigt haben

[11.05.2023, Rs C-266/22, CRRC Qingdao Sifang ua \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Verfahren zur Vergabe** öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge – Richtlinie 2014/24/EU – Art 25 – Nationale Rechtsvorschriften, die nach Veröffentlichung der Auftragsbekanntmachung in Kraft getreten sind – Änderung des Begriffs „Wirtschaftsteilnehmer“ – **Ausschluss** des Angebots eines in der Volksrepublik **China ansässigen Wirtschaftsteilnehmers** – Drittland, das kein Übereinkommen im Sinne von Art 25 unterzeichnet hat

[11.05.2023, Rs C-278/22, AUTOTECHNICA FLEET SERVICES \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Freier Dienstleistungsverkehr – Anwendungsbereich der Richtlinie 2006/123/EG – Art 2 Abs 2 Buchst b – **Finanzdienstleistungen** – Finanzierungsleasing und operatives Leasing – Art 9 und 10 – Anforderung, die **Genehmigung einer Aufsichtsbehörde** einzuholen

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

09.05.2023, Beschwerde Nr [61177/09](#), *Korkut und Al Türkei/Türkei*

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Verletzung** von **Art 11 EMRK** (Versammlungs- und Vereinsfreiheit), Verurteilung des Vorsitzenden der türkischen Sektion von **Amnesty International** zu einer **Verwaltungsstrafe** wegen Nichteinhaltung einer gesetzlichen Bestimmung, die von Vereinigungen verlangt, aus dem Ausland erhaltene Gelder vor ihrer Verwendung bei der Verwaltung anzumelden; unzureichend begründete Entscheidungen der innerstaatlichen Gerichte; Einmischung, die nicht durch ein vorhersehbares Gesetz vorgesehen ist

09.05.2023, Beschwerde Nr [31172/19](#), *Zeugen Jehovas/Finnland*

Keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **keine Verletzung** von **Art 9 EMRK** (Religionsfreiheit); Verbot für Zeugen, ohne **Einwilligung** der betroffenen Personen personenbezogene Daten bei Tür-zu-Tür-Predigten zu erheben und zu verarbeiten; Auslegung der einschlägigen **Datenschutzbestimmungen** gemäß den Leitlinien des EuGH nicht willkürlich oder unangemessen; außergewöhnliche Umstände, die den Verzicht auf eine mündliche Anhörung rechtfertigen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Amreither, Univ.-Ass. Mag. Paul Durstberger, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschräger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.